

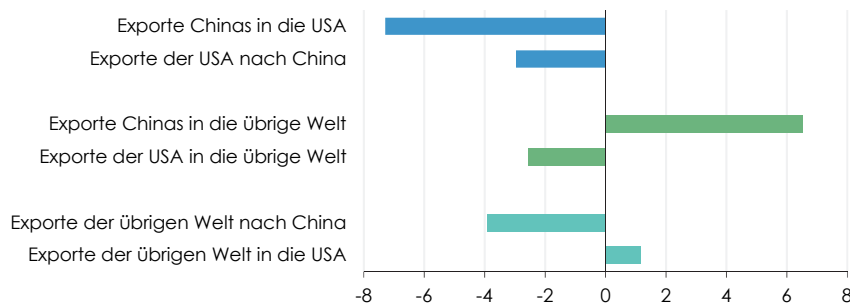
Abschwung fällt in Österreich mild aus

Stefan Schiman

- Zur Stabilisierung der Liquiditätsversorgung der Banken kauft die Fed Schatzwechsel in großem Umfang.
- Der bilaterale Handel zwischen den USA und China brach mit dem Handelskonflikt um fast ein Viertel ein. Anders als die USA fand China größtenteils andere Abnehmer.
- Seit Anfang 2020 geltende strenge Abgasvorschriften der EU werden die Autobranche weiter belasten.
- Der EZB-Rat beließ die Leitzinssätze auf seiner ersten Tagung 2020 erwartungsgemäß unverändert.
- Mit Anfang 2020 wird der Mindestlohn in Polen bis 2024 schrittweise nahezu verdoppelt.
- In Deutschland und Österreich trübte sich die Industriekonjunktur im IV. Quartal 2019 anhaltend ein.
- Die Bauwirtschaft profitierte in Österreich im Jänner vom milden Wetter.
- Der Tourismus expandiert ungebrochen und sorgt für einen kräftigen Preisanstieg in Gastronomie und Hotellerie.
- Die Arbeitslosenquote sank im Jänner saisonbereinigt auf 7,1%.

Verlagerungen im weltweiten Warenhandel seit Ausbruch des Handelskonfliktes zwischen den USA und China

Veränderung Durchschnitt September bis November 2019 gegenüber Durchschnitt April bis Juni 2018 in Mrd. \$, saisonbereinigt



Der bilaterale Handel zwischen den USA und China brach mit dem Handelskonflikt um fast ein Viertel ein. Anders als die USA fand China größtenteils andere Abnehmer.

"Der neue Protektionismus der USA hat das Ziel, das Außenhandelsdefizit abzubauen, weitgehend verfehlt. Langfristig bringt er für alle Beteiligten Wohlfahrtsverluste mit sich."

Abschwung fällt in Österreich mild aus

Stefan Schiman

Abschwung fällt in Österreich mild aus

Der Handelskonflikt zwischen China und den USA und die Krise der Autobranche belasten die Industriekonjunktur weltweit. Neue strenge Abgasvorschriften der EU sorgen auch künftig für ein schwieriges Umfeld. Der Dienstleistungsbereich erweist sich aber als starke Konjunkturstütze. In Österreich expandiert insbesondere der Tourismus ungebrochen.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf> • Abgeschlossen am 5. Februar 2020.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at)

Kontakt: Stefan Schiman, MSc (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Mild Downturn in Austria

The trade conflict between China and the USA and the crisis in the automotive industry are having a negative impact on industrial activity worldwide. New strict EU emission regulations will continue to create a difficult environment in the future. However, the service sector is proving to be a strong pillar of the economy. In Austria, tourism in particular continues to expand unabated.

Die Fed, die Zentralbank der USA, erwirbt wieder öffentliche Schuldverschreibungen in großem Umfang. Im Gegensatz zu den vergangenen Programmen werden nur kurzfristige Schatzwechsel gekauft. Ziel ist es nicht, die Zinssätze zu dämpfen und die Konjunktur zu beleben, sondern die Liquiditätsversorgung der Banken sicherzustellen. Deren Nachfrage nach sicheren Anlagen nahm aufgrund der Finanzmarktregulierungen der letzten Jahre stark zu.

Infolge des Handelskonfliktes brachen Chinas Exporte in die USA in den letzten eineinhalb Jahren um durchschnittlich 7,3 Mrd. \$ pro Monat ein (-18%), die Exporte der USA nach China um 3 Mrd. \$ pro Monat (-26%). China konnte einen Großteil des Ausfalls auf anderen Absatzmärkten wettmachen, die USA fanden keine anderen Abnehmer (Abbildung "Verlagerungen im weltweiten Warenhandel"). Da zudem ein Teil der entfallenen Importe aus China durch Importe aus anderen Ländern ersetzt wurde, verringerte sich das Außenhandelsdefizit der USA bisher nur wenig.

In der EU stabilisierte sich die Industriekonjunktur zuletzt zwar, neue strenge Abgasvorschriften belasten die Produktion und den Absatz von Kfz aber auch in den nächsten Jahren. Sie erfordern einen signifikanten Anstieg des Marktanteils der Elektro- und Hybridfahrzeuge, der angesichts der Schwächen dieser Technologie (geringe Reichweite, spärliche Ladeinfrastruktur) fraglich ist.

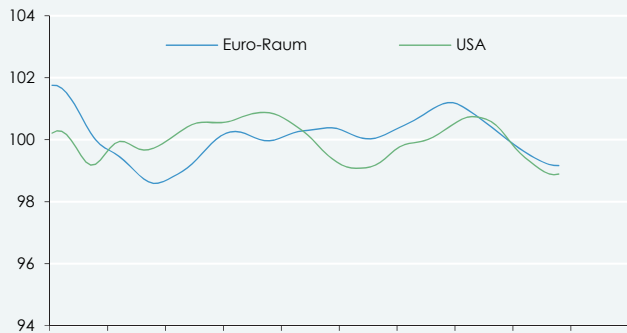
Der EZB-Rat ließ die Leitzinssätze in seiner ersten Tagung 2020 erwartungsgemäß unverändert. Der für die Geldpolitik relevante Einlagensatz notiert seit September 2019 bei -0,50%. Die deutsche Wirtschaft verharrt im Abschwung, wengleich sich die Stimmung in der Industrie zuletzt nicht weiter verschlechterte. In Österreich verlangsamte sich die Eintrübung der Industriekonjunktur im IV. Quartal. Wegen der anhaltend kräftigen Wertschöpfungszuwächse der Dienstleistungen wuchs die Wirtschaft mit 0,3% gegenüber dem Vorquartal insgesamt solide. In der Bauwirtschaft hingegen nahm die positive Dynamik im Jahresverlauf ab, im Jänner profitierte der Sektor aber vom milderen Wetter. Gleichzeitig schadete der milde Winter dem Tourismus offenbar nicht, die Nachfrage expandierte am Beginn der Wintersaison ungebrochen. Damit setzt sich der überdurchschnittliche Preisauftrieb in der Gastronomie und Hotellerie fort. Beherbergungsdienstleistungen verteuerten sich im Dezember gegenüber dem Vorjahr um 5,2%, Bewirtungsdienstleistungen um 3,3%, insgesamt stiegen die Verbraucherpreise um 1,7%.

Die Expansion der Beschäftigung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit hielten im Dezember und Jänner an. Der Anstieg der Beschäftigung fiel um etwa ein Viertel höher aus als der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Jänner sank die Arbeitslosenquote saisonbereinigt auf 7,1%.

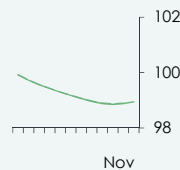
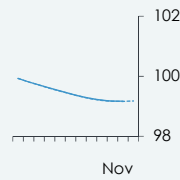
Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

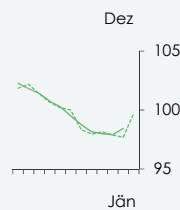
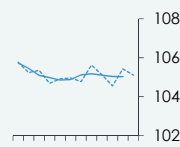
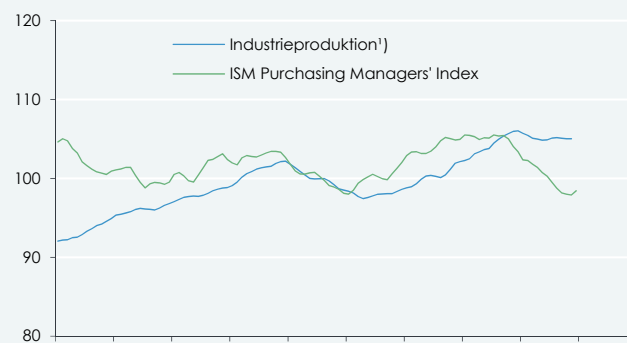
Leading indicators – Amplitude



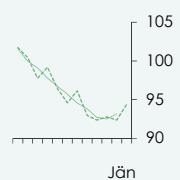
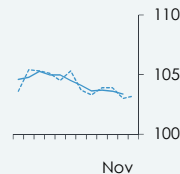
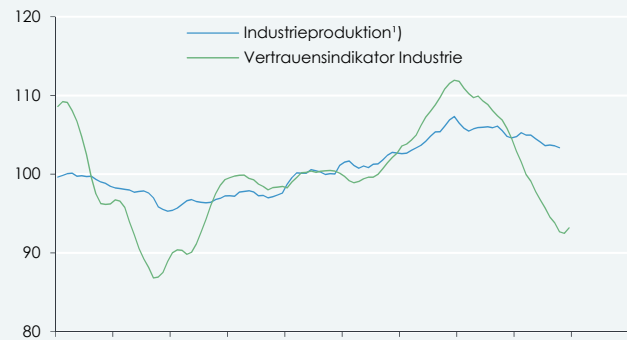
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



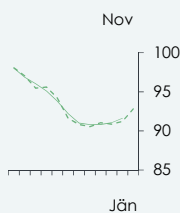
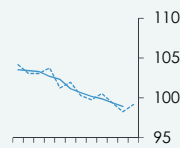
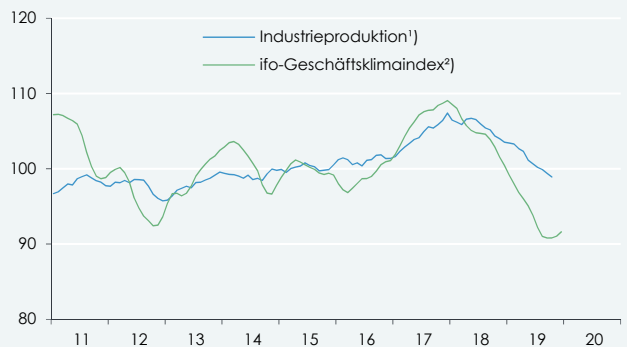
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹) Produzierender Bereich.

1. Fed tätigt wieder Wertpapierkäufe in großem Umfang

Die Ankäufe kurzfristiger Schatzwechsel durch die Fed sollen die im Zuge der Finanzmarktregulierung stark erhöhte Nachfrage nach sicheren Veranlagungen decken.

Seit Mitte Oktober 2019 kauft die Fed wieder öffentliche Schuldverschreibungen. Wurden im Zuge des Quantitative Easing im Gefolge der Wirtschaftskrise 2008 vor allem Staatsanleihen mit langer Laufzeit gekauft, um die Zinssätze zu dämpfen und die Konjunktur zu beleben, so erwirbt die Fed nun kurzfristige Schatzwechsel ("T-Bills"), bisher in einem Umfang von etwa 180 Mrd. \$. Die aktuellen Wertpapierkäufe haben kaum Effekte auf die langfristigen Zinssätze und sind keine Maßnahme zur Konjunkturbelebung. Vielmehr dienen sie der Sicherstellung der Liquiditätsversorgung. Im September 2019 traten auf dem Geldmarkt der USA starke Schwankungen auf. Der Taggeldsatz erhöhte sich am 17. September auf bis zu 10%, sodass der Leitzinssatz in der Folge nicht mehr im Zielkorridor von 2,00% bis 2,25% gehalten werden konnte und auf bis zu 2,30% stieg. Die Ursache war eine Übernachfrage nach Zentralbankgeld.

Durch die Quantitative-Easing-Programme hatte sich die Zentralbankbilanz vervielfacht. Als Übergang zu einer "Normalisierung" der

Geldpolitik wollte die Fed ihre Bilanz in der Folge zumindest konstant halten. Dabei dürfte sie die Gesamtnachfrage nach Bankreserven unterschätzt haben. Die Fehleinschätzung ist wahrscheinlich auf die Zunahme der Nachfrage nach Zentralbankgeld aufgrund der Finanzmarktregulierungen zurückzuführen, die nach der Finanzmarktkrise erlassen wurden, um das systemische Risiko zu begrenzen. Die Vorschriften von Dodd-Frank und Basel III verpflichteten die Banken, mehr sichere und liquide Vermögenswerte zu halten, wobei viele Banken zur Erfüllung dieser Anforderungen Zentralbankreserven benötigen. Ausgelöst wurden die Verwerfungen im September 2019 schließlich dadurch, dass zwei weitere Faktoren die Nachfrage nach Zentralbankreserven steigen ließen: die Emission einer großen Menge an Schuldverschreibungen durch das Finanzministerium und die Fälligkeit vierteljährlicher Verbindlichkeiten an Körperschaftsteuer. Durch die aktuellen Wertpapierkäufe wird die Zentralbankbilanz wieder vergrößert, um einen Liquiditätsengpass künftig zu vermeiden.

2. Handelskonflikt zwischen USA und China dämpft bilateralen Handel stark

Handelsumlenkungseffekte kompensieren den Einbruch des bilateralen Handels teilweise. Das Außenhandelsdefizit der USA verringerte sich nur wenig.

In dem nun seit rund zwei Jahren andauernden Handelskonflikt zwischen den USA und China stiegen Chinas Zölle auf Produkte aus den USA von durchschnittlich 8% auf 21%, jene der USA auf chinesische Waren von 3% auf 21%. Der bilaterale Handel zwischen den USA und China schrumpfte bereits erheblich. Der Rückgang der Exporte der USA nach China setzte früher ein, sie schrumpften seit dem II. Quartal 2018 um 3 Mrd. \$ oder rund ein Viertel¹⁾. Der Effekt auf die chinesischen Exporte in die USA trat später ein, sie brachen im selben Zeitraum um 7,3 Mrd. \$ bzw. 18% ein.

Die Anhebung der Zollsätze dämpfte aber nicht nur den bilateralen Handel, sondern löste auch Umlenkungseffekte aus. Chinas Exporteinbußen konnten so fast ganz kompensiert werden, die Exporte in andere Länder stiegen im Vergleichszeitraum trotz stagnierenden Welthandels um 6,5 Mrd. \$ bzw. rund 4%. In den USA waren die Unternehmen diesbezüglich weniger erfolgreich, die Exporte der USA in andere Länder gingen um 2,6 Mrd. \$ bzw. 2% zurück. Gleichzeitig wurde der Ausfall an Lieferungen aus China zum Teil durch Importe aus anderen Ländern ersetzt, diese stiegen im Vergleichszeitraum um 1,2 Mrd. \$ bzw. 0,7%.

Nicht zuletzt die Handelsumlenkungseffekte beschränken die Auswirkungen des Handelskonfliktes auf das Wirtschaftswachstum bisher. Das BIP der USA dürfte laut Oxford Economics um höchstens 0,2% gedämpft worden sein, Chinas BIP um 0,5%. Verhältnismäßig gering ist der gesamtwirtschaftliche Effekt aber auch, weil in beiden Ländern wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen wurden, um den negativen Effekten entgegenzuwirken. Zudem blieben signifikante negative Auswirkungen auf die Finanzmärkte der USA aus.

Entgegen dem ursprünglichen Ziel der USA verringerte sich ihr Außenhandelsdefizit bislang kaum, sondern verlagerte sich von China zu den anderen Handelspartnern. Chinesische Produzenten senkten ihre Exportpreise trotz der Sanktionen nicht wesentlich, nicht zuletzt da die Abwertung der chinesischen Währung ihnen in der Preissetzung neuen Spielraum eröffnete. Dass der Handelskonflikt keine akute Krise auslöste, sondern die Folgen langsam wirksam werden, könnte Gewöhnungseffekte mit sich bringen; die langfristigen Wohlfahrtsverluste sind gleichwohl hoch. Je länger die hohen Zollsätze bestehen bleiben, desto schwieriger wird es, sie abzubauen, da politisch relevante Minderheiten davon profitieren und sich neue Lieferketten etablieren.

¹⁾ Veränderung Durchschnitt September bis November 2019 gegenüber Durchschnitt April bis Juni 2018.

3. EU setzt neue strenge Abgasvorschriften für Kfz in Kraft

Am 1. Jänner trat eine EU-Rechtsvorschrift in Kraft, wonach die durchschnittlichen CO₂-Emissionen von neuen Pkw bis 2021 auf 95 g je km sinken müssen. Das entspricht einer Verringerung um 21% gegenüber 2018. Die Autohersteller haben individuelle Ziele entsprechend ihrem Fahrzeugsortiment. Werden die Ziele nicht erreicht, dann werden Bußgelder von 95 € je Gramm CO₂ über dem Grenzwert fällig, multipliziert mit der Zahl der in den Jahren 2020 und 2021 verkauften Autos, deren Motor den Grenzwert überschreitet.

Der Anteil der Elektro- und Hybridfahrzeuge könnte durch diese Maßnahme von 8% aller verkauften neuen Pkw im Jahr 2019 auf 18% im Jahr 2020 und 25% im Jahr 2021 steigen. Damit würde eine signifikante Verringerung der CO₂-Emissionen einhergehen. Aber selbst dann müssten die Autohersteller mit Strafen aufgrund der erhöhten Abgasgrenzwerte rechnen. Falls die Ladeinfrastruktur nicht stark ausgebaut wird und die Reichweite von Elektroautos nicht steigt, könnte zudem die Nachfrage nach diesen Fahrzeugen nicht ausreichend zunehmen, um die Ziele zu erreichen.

3.1 EZB sieht sich in mäßig optimistischem Ausblick bestätigt

Die Sitzung des EZB-Rates vom 23. Jänner brachte keine Änderung der Geldpolitik. Der Einlagesatz, der eigentlich die Untergrenze des Leitzinskorridors ist, aber seit der Umstellung von Zins- auf Mengentender in der Finanzmarktkrise 2008 als Leitzinssatz wirkt, beträgt seit September 2019 -0,50%. Der Spitzenrefinanzierungssatz und der Hauptrefinanzierungssatz liegen seit 2016 bei 0,25% bzw. 0%.

Im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum räumte der EZB-Rat ein, dass die Risiken "weniger ausgeprägt sind, da ein Teil der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem internationalen Handel zurückgeht", und dass sich die Daten "in Einklang mit unserem Basisszenario eines anhaltenden, aber moderaten Wachstums" etwas verbessert haben. Die Inflationserwartungen der Märkte hätten sich seit der letzten EZB-Tagung im Dezember "entweder stabilisiert" oder seien sogar "leicht gestiegen", nachdem sie ein wichtiger Grund für das umfassende Lockerungspaket im September gewesen waren. Darüber hinaus gibt es nach Ansicht der EZB "weitere Anzeichen für einen moderaten

Anstieg" der zugrunde liegenden Inflation, die aber "im Einklang mit den bestehenden Erwartungen" stehen. Dies bezieht sich z. B. auf den Anstieg der Kerninflationsrate auf 1,4% Ende 2019.

3.2 Mindestlohn wird in Polen stark angehoben

In Polen dürfte die Inflation wegen einer Verteuerung von Energie vorübergehend anziehen. Die Regierung fror die Strompreise im Jänner 2019 ein. Nach Einwänden der Europäischen Kommission musste diese Regelung jedoch zum Jahreswechsel 2019/20 aufgehoben werden. In der Folge ist nun ein stärkerer Preisanstieg zu erwarten. Die Auswirkungen auf die Kaufkraft werden durch eine Anhebung des Mindestlohnes gedämpft: Der monatliche Mindestlohn stieg per Anfang Jänner 2020 um gut 15% auf 2.600 Złoty (rund 610 €) und wird weiter kontinuierlich angehoben bis auf 4.000 Złoty (rund 940 €) im Jahr 2024. Das ist fast doppelt so viel wie der aktuelle Wert, der etwa gleich hoch ist wie in Tschechien, der Slowakei und Kroatien und etwas höher als in Ungarn und Rumänien. Der aktuelle Mindestlohn beträgt in Polen rund ein Drittel, der Zielwert etwa 60% des deutschen Mindestlohnes.

3.3 Deutsche Wirtschaft verharrt im Abschwung

Aufgrund einer Verschlechterung im Bauhauptgewerbe und im Dienstleistungssektor sank der ifo-Geschäftsklimaindex von 96,3 Punkten im Dezember auf 95,9 im Jänner. Der Index für das verarbeitende Gewerbe erholte sich aber weiter. Die Eintrübung scheint in der deutschen Industrie demnach langsam abzuklingen. Das Nachlassen der Effekte des Handelskonfliktes zwischen China und den USA und der Autokrise wirkt positiv. Die "ifo-Konjunktur" verortet den Industriesektor aber nach wie vor in der Rezession, denn sowohl in der Einschätzung der aktuellen Lage als auch in den Erwartungen überwiegen die negativen Meldungen. Die Dienstleistungsbranchen befinden sich im Abschwung (vorwiegend positive Lageeinschätzung, vorwiegend negative Erwartungen). Diese Diagnose trifft auch auf die Gesamtwirtschaft zu. Lediglich der Bausektor boomt noch (sowohl die Lageeinschätzungen also auch die Erwartungen sind überwiegend positiv). Kein Sektor befindet sich im Aufschwung.

Der Absatz von Kfz mit Verbrennungsmotoren wird in der EU durch neue strenge Abgasvorschriften weiter gedrosselt.

Auf seiner ersten Tagung im Jahr 2020 ließ der EZB-Rat die Leitzinssätze erwartungsgemäß unverändert.

In Polen wird der Mindestlohn bis 2024 fast verdoppelt.

Das Konjunkturklima hat sich in der deutschen Industrie zuletzt etwas verbessert.

4. Industriekonjunktur trübt sich in Österreich weiter ein

Gemäß der Schnellschätzung des WIFO wuchs die österreichische Wirtschaft im IV. Quartal 2019 gegenüber dem Vorquartal um 0,3% (Trend-Konjunktur-Komponente), im

Vorjahresvergleich um 1,1%. Insgesamt expandierte das BIP 2019 um 1,6% gegenüber 2018, das Wachstum verlangsamte sich im Jahresverlauf. Ende 2019 festigte sich die

Dynamik, die durch die Eintrübung der Industriekonjunktur gedämpft wurde. Die Herstellung von Waren schrumpfte das dritte Quartal in Folge, der Rückgang verringerte sich zuletzt jedoch (III. Quartal 2019 $-0,5\%$ gegenüber dem Vorquartal, IV. Quartal laut WIFO-Schnellschätzung $-0,3\%$). Im Dienstleistungssektor wurde hingegen noch keine Abschwächung registriert, die Marktdienstleistungen expandierten anhaltend mit einer Rate von $0,5\%$ im Vorquartalsvergleich. Auch die Wertschöpfung der Bauwirtschaft nahm weiter zu, wenngleich mit im Jahresverlauf nachlassender Intensität.

4.1 Bauwirtschaft profitiert im Jänner 2020 von mildem Wetter

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2020 zeigen eine Verbesserung der Konjunktureinschätzung durch den Großteil der österreichischen Unternehmen. Zwischen den Sektoren bestehen aber nach wie vor große Unterschiede: Während die Konjunkturbeurteilungen in den Dienstleistungsbranchen und im Bauwesen zuversichtlich ausfielen, waren die Sachgütererzeuger trotz leichter Zugewinne weiterhin skeptisch. In der Bauwirtschaft wirkten sich die milden Temperaturen besonders günstig aus: Das Wetter wurde von nur 1% der Befragten als primäres Produktionshemmnis genannt (Dezember 2019: 9%).

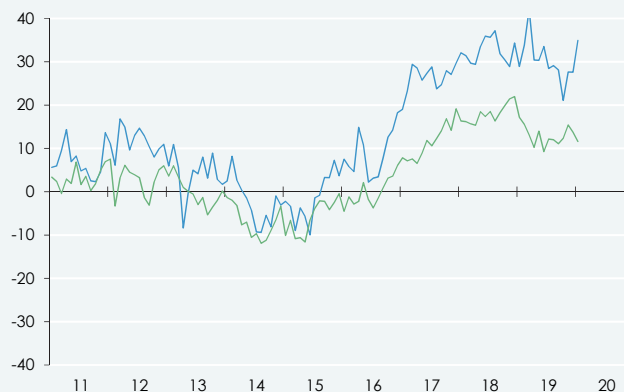
Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt

Sachgütererzeugung



Bauwirtschaft

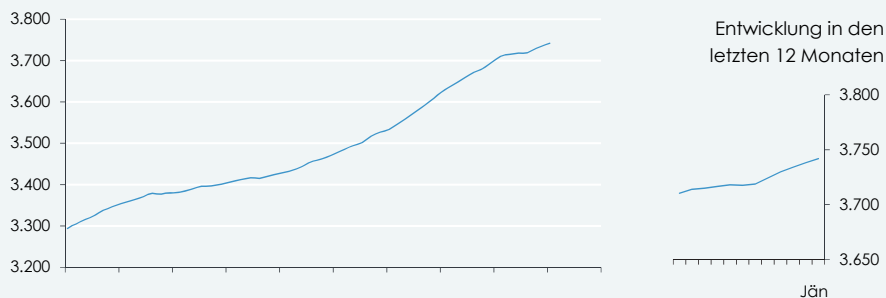


— Zusammenfassung der Beurteilungen der aktuellen Lage und der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung
 — Zusammenfassung der für die kommenden Monate erwarteten Produktion und Geschäftslage

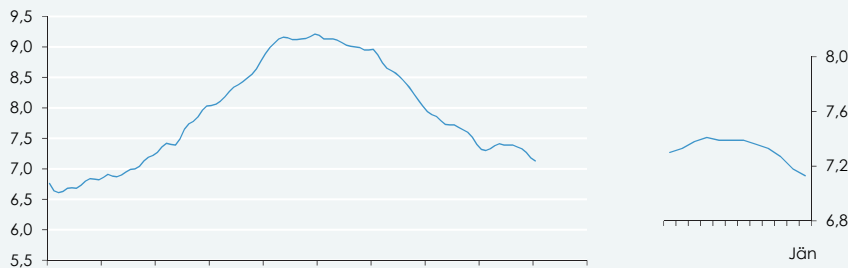
Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen $+100$ und -100 . Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

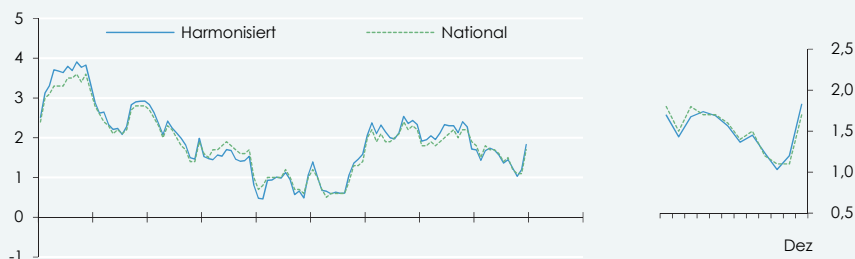
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



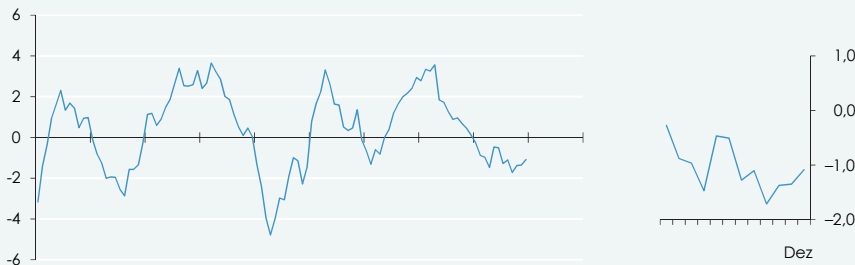
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung.

Die Tourismuskonsumnachfrage steigt in Österreich ungebrochen. Damit gehen kräftige Preissteigerungen in Hotellerie und Gastronomie einher.

4.2 Tourismus floriert zu Beginn der Wintersaison

Im November und Dezember 2019 stieg die Zahl der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahr um 3%, die Zahl der Übernachtungen um 4,5% und die Umsätze nominell um 5,5%, obwohl für den Wintersporttourismus eher ungünstige Wetterbedingungen herrschten. Die Durchschnittstemperatur lag deutlich über dem langjährigen Mittel, und nicht überall bildete sich eine ausreichende natürliche Schneedecke. Dank der Investitionen der letzten Jahre in die Beschneiungsinfrastruktur konnten jedoch Wintersportaktivitäten vielerorts ohne erhebliche Einschränkungen ausgeübt werden. In den alpinen Bundesländern, insbesondere in Salzburg und Tirol, stiegen die Nächtigungszahlen erheblich (+6,8% bzw. +5,7%). Gleichzeitig erhöhte sich die Nachfrage nach Aktivitäten abseits des Wintersports. Davon profitierte vor allem das Burgenland (+7,3%) mit seinen Thermenstandorten, etwas abgeschwächt auch die Steiermark (+2,7%). Der Städtetourismus in Wien nahm um 3,5% zu, nachdem sich die Zahl der Nächtigungen schon im Vorjahr um knapp 17% erhöht hatte.

4.3 Tourismus und Wohnen wieder Preistreiber

Der Auftrieb der Verbraucherpreise betrug im Dezember 1,7%. Die Preise zogen in jenen beiden Bereichen wieder kräftig an, die in Österreich schon seit einigen Jahren für eine überdurchschnittliche Inflationsrate sorgen:

in der Hotellerie und Gastronomie (Beherbergungsdienstleistungen +5,2%, Bewirtungsdienstleistungen +3,3%) bedingt durch die kräftige Nachfragerhöhung und in der Kategorie Wohnen (Instandhaltung und Reparatur der Wohnung +3,1%, gezahlte Wohnungsmieten +2,6%). Zusammen trugen die Bereiche "Wohnung, Wasser, Energie" und "Restaurants und Hotels" im Dezember mehr als die Hälfte (0,9 Prozentpunkte) zur Gesamtinflationsrate bei.

4.4 Arbeitslosenquote im Jänner auf 7,1% gesunken

Das bisher milde Winterwetter wirkte sich günstig auf die Arbeitslosigkeit aus. Schon im Dezember ging sie saisonbereinigt um 3.800 Personen bzw. 1,3% zurück, im Jänner sank sie neuerlich um gut 1.800 bzw. 0,6%. Die Arbeitslosenquote betrug im Jänner saisonbereinigt 7,1%, unbereinigt 8,7%. Rund 62.500 Personen waren saisonbedingt arbeitslos. Parallel zum Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich die Beschäftigungsexpansion fort, die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten war im Jänner nach vorläufiger Schätzung um rund 3.700 Personen bzw. 0,1% höher als im Vormonat, im Dezember hatte der Anstieg 4.100 betragen. Die Ausweitung der Beschäftigung fiel um etwa ein Viertel höher aus als der Abbau der Arbeitslosigkeit. Im Gegensatz zum Dezember expandierte im Jänner auch wieder die Zahl der Ausschreibungen, der Stellenandrang betrug saisonbereinigt rund 3,7 Arbeitslose je offene Stelle.